

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Michael Meyer	CDU
Herr Güner Cebir	SPD
Herr Hermann Morisse	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Barbara Scheidtweiler	SPD

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Frau Christiane Langs-Blöink	Fraktionslos
Frau Jutta Meyer	Fraktionslos
Frau Katharina Thimm	Fraktionslos

Beratende Mitglieder Integrationsrat

Frau Kalliopi Georgiadou	Internationale Liste der SPD
--------------------------	------------------------------

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:08 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

2. Digitalisierung von Schulen Vorlage: 270/2021

Die Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf und fragt, ob hierzu Fragen oder Anmerkungen vorliegen.

Ratsherr Adam bezieht sich auf die Vorlage Nr. a). Es sei kaum vermittelbar, dass es seitens der Verwaltung nicht machbar gewesen sei, alle Schulen innerhalb von 13 Jahren in eine komplette Betreuung über die städtische IT-Abteilung zu überführen. Zu Nr. b merkt Ratsherr Adam an, es sei zudem bedauerlich, dass die öffentlichen geförderten iPads den Schulen bereits zur Verfügung standen, obgleich die notwendige Inhouse-Verkabelungen noch nicht fertiggestellt war. Hier sei der zweite Schritt vor dem Ersten getan worden.

Weiter fragt Ratsherr Adam an, warum zur Erstellung der Medienentwicklungsplanung nun 25.000 € für externe Beratung bereitgestellt werden sollen. Es sei doch eine Stelle für die Medienentwicklungsplanung geschaffen worden. Er bittet darum, dass der/die Medienentwicklungsplaner*in die anfallende Arbeit und auch die Zusammenarbeit mit dem externen Beratungsbüro in einer der nächsten Sitzungen vorstellen möge.

Frau Pabst führt aus, dass die externe Expertise notwendig ist, da die Kapazitäten der Planstelle „Medienentwicklungsplanung“ mitunter durch die zahlreichen Förderungen im schulischen IT-Bereich, welche in Corona-Zeiten angeboten werden, gebunden sind. Die Verwaltung wäre bestrebt, die vorhandenen Defizite schnellstmöglich abzustellen.

Herr Reuver ergänzt, dass die digitalen Endgeräte für die Schülerinnen und Schüler trotz fehlender Verkabelungsstrukturen in den Schulen, ihren Dienst getan hätten, und zwar in den Zeiten als das Lernen auf Distanz stattgefunden habe.

Weiter stehe durch die Förderung DigitalPakt Schule auf Sicht auch die Anbindung der Adolf-Reichwein-Gesamtschule, der Staberger Gymnasien und der Richard-Schirrmann-Realschule an. Des Weiteren seien zwei Grundschulen, und zwar die Grundschule Wefelhohl und die Ida Gerhardschule, auf der Höhe der Zeit. Der Weg führe also in die richtige Richtung.

Weiter berichtet Herr Reuver, dass die Stelle des Medienentwicklungsplaners (m/w/d) derzeit nicht besetzt sei. Die Aufgaben dieser Stelle beziehe sich inhaltlich auf die pädagogischen Bereiche der Planung und die nun notwendige externe Beratung stelle auf den technischen Bereich ab. Herr Reuver schlägt vor, dass erneut im Ausschuss berichtet werde, wenn ein Fachunternehmen ausgewählt worden sei und die weiteren Schritte bekannt sind.

Auf Nachfrage von Rats Herrn Adam sagt Frau Kotziers, dass die Stadt Lüdenscheid sämtliche noch zur Verfügung stehenden Mittel aus dem Förderprogramm DigitalPakt Schule fristgerecht bis zum 31.12.2021 abrufen werde.

Herr Utsch sagt, dass die in diesem Jahr erfolgte Bereitstellung der Tablets bzw. Dienstgeräte den Schulen sehr geholfen habe. Hierdurch konnte in Präsenz, aber auch in einem möglichen erneuten Distanzunterricht, gearbeitet werden. Herr Utsch berichtet weiter, dass die Projektgruppe Digitalisierung viele wichtige Prozesse angestoßen habe und in dieser Gruppe ein Fachwissen aus vielen unterschiedlichen Bereichen gebündelt worden sei. Es wäre wünschenswert, wenn dieser Kreis auf Sicht wieder tagen könne, um die Prozesse weiter voranzutreiben.

Herr Utsch führt weiter aus, dass den Schulen mit der neuen beim Fachdienst Schule und Sport angesiedelten Stelle für IT-Administration sehr geholfen werde. Es stünde nun ein fester und fachlich versierter Ansprechpartner zur Verfügung. Dieses hätten auch andere Schulleitungen bei der letzten Schulleiterdienstbesprechung so bestätigt.

Ratsfrau Meyer fragt an, welche Schulen bis dato nicht in die Komplettbetreuung des Fachdienstes Verwaltungsmodernisierung (FD 15) überführt werden konnten.

Frau Kotziers antwortet darauf, dass es sich dabei um die zwei Realschulen, das Zeppelin-Gymnasium, das Bergstadt-Gymnasium, die Adolf-Reichwein-Gesamtschule sowie die Michael-Ende-Schule handle. Alle Grundschulen, die Hauptschule Stadtpark und das Geschwister-Scholl-Gymnasium seien an das städtische Netz angeschlossen.

Herr Utsch ergänzt hierzu, dass sich das Bergstadt-Gymnasium seinerzeit bewusst gegen eine Anbindung an das städtische Netz entschieden habe. Es fehlen die notwendigen schnellen Leitungen im Stadtgebiet, die ein Arbeiten über den städtischen Server überhaupt in angemessener Reaktionszeit möglich gemacht hätten.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, gibt Ratsfrau Szermerski-Kasperek den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Die Vorgehensweise der Verwaltung zur Digitalisierung von Schulen wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

3. Satzung über die Gebühren der Musikschule der Stadt Lüdenscheid Vorlage: 259/2021

Der Schulausschuss empfiehlt mit Stimmenmehrheit:

Der Schulausschuss und der Haupt- und Finanzausschuss empfehlen, der Rat der Stadt Lüdenscheid beschließt den Erlass der Satzung über die Gebühren der Musikschule der Stadt Lüdenscheid entsprechend dem von der Verwaltung vorgelegten Entwurf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	1
Enthaltungen:	0

4. Berichtswesen; hier: Mündlicher Bericht des Fachdienstes Musikschule

Frau Fernholz-Bernecker berichtet, dass der Betrieb der Musikschule nach den Sommerferien wieder aufgenommen werden konnte und auch einige Highlights stattgefunden haben. Hierzu gehörte u. a. das Programm Musik und Wissenschaft in der Phänomenta, bei dem mit 200 Mitwirkenden 40 Minikonzerte gestaltet wurden.

Weiter habe das Jugendsinfonieorchester bei der Aufführung „Die kleine Zauberflöte“ mit der Kleinen Oper Bad Homburg im Kulturhaus Lüdenscheid mitwirken können. Das gemeinsame Musizieren habe den Kindern sehr gut getan.

Als nächstes stünde das Stück „Apfel, Nuss und Mandelkern“ auf dem Programm. Hier bliebe jedoch die pandemische Entwicklung der nächsten Tage abzuwarten.

Weiter beschäftige sich die Musikschule bereits mit dem anstehenden Umzug in den Neubau, welcher voraussichtlich im 1. Quartal 2022 fertiggestellt sein werde.

5. Beratung des Haushalts 2022

5.1. Beratung des Haushalts 2022, Fachdienst Musikschule

Nach Erläuterungen von Frau Fernholz-Bernecker bittet Ratsfrau Szermerski-Kasperek den Schulausschuss um Abstimmung über das Produkt der Musikschule, somit Seiten 393 bis 395 des Verwaltungsentwurfs des Haushalts 2022 einschließlich der vorliegenden Änderungen für den Bereich der Musikschule.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

5.2. Beratung des Haushalts 2022, Fachdienst Volkshochschule

Herr Tschöke erläutert inhaltlich die Produkte der Volkshochschule und die vorliegende Änderungsliste. Da keine Fragen hierzu vorliegen, bittet die Vorsitzende um Abstimmung über die Produkte der Volkshochschule, somit Seiten 389 bis 392 des Verwaltungsentwurfs des Haushalts 2022 einschließlich der vorliegenden Änderungen für den Bereich der Volkshochschule.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

5.3. Beratung des Haushalts 2022, Fachdienst Schule und Sport, Produkte der Schulen

Frau Kotziers verweist auf die versandten Unterlagen, bestehend aus der Änderungsliste für die Produkte der Schulen und die Liste der ZGW über bauliche Maßnahmen an Schulen in den Jahren 2022 ff. Sie informiert weiter, dass die Übersichten zur geplanten Verwendung der Schulpauschale für 2022 ff. auf den Seiten 548 bis 552 des Verwaltungsentwurfs des Haushalts 2022 zu finden sind.

Da hierzu keine Fragen seitens des Schulausschusses vorliegen, bittet die Vorsitzende um Abstimmung über die Produkte der Schulen mit Ausnahme des Zeppelin-Gymnasiums sowie mit Ausnahme des Produkts „Schulpsychologische Beratung“, somit Seiten 360 bis 368, Seiten 371 bis 382 sowie Seiten 384 bis 385 des Verwaltungsentwurfs des Haushalts 2022 einschließlich der vorliegenden Änderungen für den Bereich der Schulen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

6. Berichtswesen; hier: "Das neue Weiterbildungsgesetz NRW: Inhalte - Finanzierung - Chancen" (Mündlicher Bericht)

Herr Tschöke berichtet über die Novellierung des Weiterbildungsgesetzes NRW, welches zum 01.01.2022 in Kraft tritt, und stellt die wesentlichen Änderungen per Powerpoint-Präsentation dar. Die Präsentation ist als Anlage zu diesem TOP auf der Homepage der Stadt Lüdenscheid eingestellt.

7. Berichtswesen; hier: Richard-Schirrmann-Realschule - Maßnahmen am Schulstandort und Schulentwicklungsplanung (Mündlicher Bericht)

Herr Beckmann informiert die Anwesenden über den derzeitigen Sachstand der Umbaumaßnahmen im Bereich der Mensa bzw. des Untergeschosses der kleinen Turnhalle an der Richard-Schirrmann-Realschule.

Er berichtet, dass der Grundrissplan bzw. das Umfeld der neuen Mensa optimiert wurde. Es gebe eine Schnittstelle in Richtung der Turnhalle. Diese soll in den Umbau integriert und für schulische Veranstaltungen bis zu 199 Personen zugelassen werden. Es sei jedoch auch eine bestimmte Anzahl von Veranstaltungen pro Jahr baurechtlich erlaubt, bei denen diese Personenzahl überschritten werden dürfe. Hier sei man noch im Abstimmungsprozess mit der Bauaufsicht.

Herr Beckmann berichtet weiter, dass die Turnhalle noch einen zweiten baulichen Rettungsweg benötige. Außerdem werde die dortige Toilettenanlage saniert. Derzeit werde eine Kostenschätzung für diese Maßnahmen erarbeitet. Sowie die notwendigen Unterlagen zusammengestellt sind, sei ein entsprechender Bauantrag zu stellen.

Herr Reuver fügt hinzu, dass die Turnhalle natürlich auch weiterhin für den (Vereins-)Sport zur Verfügung stehen werde.

Ratsherr Adam fragt nach einem Zeitplan, bis wann dieses Unterfangen umgesetzt werden solle. Herr Beckmann antwortet, dass diese Maßnahme in drei Bauabschnitte unterteilt sei. Planmäßig solle die Maßnahme final im Jahre 2024 umgesetzt sein. Verbindlich könne dies derzeit jedoch erst bestätigt werden, wenn die noch ausstehenden Analysen vorliegen.

Weiter berichtet Herr Beckmann, dass derzeit für alle Schulen Bauanträge über den Bestand der jeweiligen Schulen gestellt werden. Diese liegen bei der Bauaufsichtsbehörde vor. Im Wesentlichen werden hier Grundrissänderungen und das Thema Brandschutz betrachtet. Man sei bestrebt, pragmatische und vernünftige Lösungen zu finden.

Abschließend schlägt Herr Reuver vor, dass die von Ratsherrn Adam in der Schulausschuss-Sitzung am 14.09.2021 gestellten Anfragen, u. a. zum Verpflegungskonzept an der Richard-Schirrmann-Realschule und zum Thema Nachhaltigkeit, in der finalen Beschlussvorschläge beantwortet werden. Ratsherr Adam stimmt dem zu.

8. Schulentwicklungsplanung Gymnasien

Vorlage: 289/2021

Frau Kotziers fragt, ob zu diesem Tagesordnungspunkt Vortrag oder Erläuterungen gewünscht sind.

Ratsherr Adam bezieht sich auf die Vorlage und stellt fest, dass man sich demnach nicht über den Elternwillen hinwegsetzen könne. Ebenso sei die von der Verwaltung anvisierte Variante, die Zügigkeit bei den Anmeldungen zu den Staberger Gymnasien jahresweise wechselnd auf eine Zweizügigkeit zu begrenzen, nach Vorgabe der schulfachlichen Aufsicht der Bezirksregierung nicht zugelassen.

Herr Utsch greift die oft gewählte Begrifflichkeit des sog. Elternwillen auf und erklärt, dass diese in den maßgeblichen Vorschriften nicht zu finden sei. Es sei korrekt, dass die Eltern die Möglichkeit haben, ihr Kind an einer Schulform Ihrer Wahl anzumelden. Es bestehe jedoch kein Anspruch auf Anmeldung bei einer bestimmten Schule.

Weiter appelliert er eindringlich, eine Arbeitsgruppe zu bilden, die sich z. B. aus den schulpolitischen Sprechern, Vertretern der Schulen und Verwaltung zusammensetzen könne, um die Schulentwicklungsplanung Gymnasien grundlegend, auch unter Berücksichtigung der Aspekte Bildungsvielfalt und -gerechtigkeit, darzustellen und zu klären. Die Thematik sei zu komplex, um sie in der Kürze der Zeit in einer Ausschusssitzung zu einem Ergebnis zu bringen.

Herr Reuver verweist auf die Nr. 2 der Beschlussvorlage. Die Verwaltung wolle diese Thematik natürlich weiterhin prüfen. Es seien u. a. auch die von Herrn Utsch genannten Aspekte noch genauer zu betrachten.

An Ratsherrn Adam gerichtet antwortet Herr Reuver, dass der Schulträger im Rahmen der Schulentwicklungsplanung durchaus die Zügigkeit der Schulen festlegen könne. Lediglich das in der Vorlage dargestellte Wechselmodell an den Staberger Gymnasien sei von der Bezirksregierung abgelehnt worden.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, gibt die Vorsitzende den Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

1. Der Schulausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, über die weitere Entwicklung zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

9. Antrag der Fraktion Die Linke vom 17.11.2021; hier: Bauliche Erweiterung der Gesamtschule

Eingangs erläutert Herr Fotiadis den vorliegenden Antrag. Nachfolgend berichtet Ratsfrau Szermerski-Kasperek, dass der Antrag in der Fraktionssitzung der SPD erörtert wurde. Es sei bekannt, dass die Gesamtschule Bedarf an weiteren Räumen/Räumlichkeiten habe. Sie bittet Herrn Fotiadis den Antrag zurückzunehmen und bietet an, eine der kommenden Sitzungen des Schulausschusses in der Gesamtschule abzuhalten. Pandemiebedingt wäre auch vorstellbar, dass nur die schulpolitischen Sprecher der Fraktionen, neben den Vertretern der Schule und Verwaltung, teilnehmen.

Herr Bisterfeld weist darauf hin, dass er den Bedarf bereits vermehrt dem Schulträger gemeldet habe und stellt im Folgenden den Raumbedarf bzw. –mangel an verschiedenen Beispielen dar. Gerade im Bereich des inklusiven Lernens fehle es an geeigneten Differenzierungsräumen. Als Lösung dieses Problems könne er sich vorstellen, dass die Oberstufe in einem Neubau auf dem Schulgelände untergebracht werde. Weiter sei es in den vergangenen Schuljahren notwendig gewesen, zahlreiche Anmeldungen abzulehnen, weil die möglichen Aufnahme-Kapazitäten ausgereizt gewesen seien. Der Elternwille die Schülerinnen und Schüler an der Gesamtschule anzumelden, sei definitiv gegeben.

Die Vorsitzende fragt abschließend nach, ob die Fraktion Die Linke und auch der Schulausschuss damit einverstanden seien, dass dieser Antrag überprüft und auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen des Schulausschusses gebracht werde.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

10. Antrag der Fraktion Die Linke vom 17.11.2021; hier: Einführung eines kostenfreien Schülertickets

Auch dieser Antrag wird von Herrn Fotiadis vorgestellt. Herr Reuver teilt anschließend mit, dass in der Kürze der Zeit kein belastbares Zahlenmaterial vorliege. Jedoch müsse man nach überschlägiger Berechnung mit einem siebenstelligen Betrag rechnen, der bei Einführung eines kostenfreien Schülertickets durch die Stadt zu decken sei.

Herr Utsch nimmt den Antrag zum Anlass und gibt zu bedenken, dass die sog. Eltern-Taxis oftmals aufgrund der schlechten Linienanbindung des ÖPNV zum Zuge kämen. Aus Sicht der Schulen sei es dringend notwendig, dass die Verwaltung Gespräche mit der MVG führe, damit die Busanbindungen für den täglichen Schulweg verbessert werden. Insbesondere seien die Anbindungen der Lüdenscheider Außenbezirke und auch die Anbindung nach Schalksmühle verbesserungswürdig.

Ratsherr Adam teilt mit, dass der Antrag in vorliegender Form seitens der CDU-Fraktion abgelehnt werde. Hier seien noch weitere Daten, wie z. B. belastbares Zahlenmaterial, notwendig, um ein Votum abgeben zu können. Ratsfrau Szermerski-Kasperek schließt sich diesen Ausführungen an. Auch seitens der SPD-Fraktion sei man zu diesem Ergebnis gekommen, dem Antrag nicht zuzustimmen.

Die Vorsitzende gibt nun den Antrag zur Abstimmung:

Der Schulausschuss empfiehlt und der Rat der Stadt Lüdenscheid beschließt die Einführung eines kostenfreien Schülertickets für alle Schüler*innen, die eine Schule in städtischer Trägerschaft besuchen. Die kostenfreien Tickets werden zum neuen Schuljahr 2022/23 realisiert.

Die dafür notwendigen Mittel werden erstmals im Haushalt 2022 bereitgestellt.

Der Antrag der Fraktion Die Linke „Einführung eines kostenfreien Schülertickets“ vom 17.11.2021 ist mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	1
Nein-Stimmen:	13
Enthaltungen:	0

11. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

11.1. Bekanntgaben

11.1.1. Bekanntgabe "Angekündigte Verlängerung Förderrichtlinien Corona-Schülerverkehr"

Frau Kotziers gibt bekannt, dass die Förderrichtlinie für den Corona-Schülerverkehr bis zu den Sommerferien 2022 verlängert werden soll. Es handele sich um eine 100 %ige Förderung und betrage für die Stadt Lüdenscheid überschlägig rund 360.000 €. Die Verwaltung beabsichtige, die Mittel erneut zu beantragen und die entsprechende Vergabe vorzubereiten.

11.2. Beantwortung von Anfragen

Keine.

11.2.1. Beantwortung der Anfrage von Rats Herrn Adam an die Volkshochschule "Erzielte Erträge aus dem Sozialdienstleister-Einsatzgesetz - SodEG"

Herr Tschöke beantwortet die von Rats Herrn Adam in der Sitzung des Schulausschusses am 14.09.2021 gestellte Anfrage wie folgt:

Die Volkshochschule hat entsprechende Erträge in Höhe von 204.000 € erzielt, davon sind 86.111 € an die freiberuflichen Kursleitungen geflossen.

Herr Tschöke teilt weiter mit, dass damit ein größerer Teil der Einnahmeausfälle der freiberuflichen Kursleitungen auch abgedeckt werden konnte.

11.3. Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

gez. V. Kasperek

Vorsitzende

gez. Keller

Schriftführerin